

GESUNDHEIT

## „Eher ein Glaubenskrieg“

Die bündnisgrüne Bundesministerin Andrea Fischer, 40, über den Schutz vor gentechnisch manipulierten Pflanzen

**SPIEGEL:** Die Verbraucher sind verunsichert durch importierten Genraps, den Bauern versehentlich in Deutschland zur Bio-Diesel-Herstellung ausgesät haben. Zu Recht?

**Fischer:** Ich verstehe die Angst. Keim Mensch weiß, ob und wie gefährlich genmanipuliertes Saatgut ist.

**SPIEGEL:** Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke hat Entwarnung gegeben. Die ausgesäte Menge sei minimal.

**Fischer:** Für eine solche Beurteilung ist die wissenschaftliche Grundlage noch nicht gesichert. Bei der so genannten grünen Gentechnik handelt es sich eher um einen Glaubenskrieg als um eine wissenschaftliche Debatte.

**SPIEGEL:** Wie wollen Sie den Krieg beenden?

**Fischer:** Wir brauchen eine Sicherheitsforschung mit sorgfältiger Abschätzung



Rapsfeld



Fischer

aller Folgen. So muss zum Beispiel geklärt werden, wie groß die Gefahr ist, dass sich genmanipulierte Pflanzen durch Pollenflug unkontrolliert verbreiten. Auch die Wirkung solcher Pflanzen auf Tiere muss untersucht werden. Ich möchte der Industrie ausdrücklich anbieten, mit uns gemeinsam ein solches Forschungsprogramm auf die Beine zu stellen.

**SPIEGEL:** Wie soll das aussehen?

**Fischer:** Ich stelle mir einen Versuch unter landwirtschaftlichen Praxisbedingun-

gen in Deutschland vor, der sich über einen Zeitraum von drei Jahren erstreckt. Der Bund hat dafür schon Vorarbeit geleistet.

**SPIEGEL:** Welches Interesse sollte die Industrie haben, eine Untersuchung mitzufinanzieren?

**Fischer:** Weil Produkte aus genmanipulierten Pflanzen in Deutschland nicht marktfähig sind. Die Verbraucher akzeptieren derzeit nichts, was aus Gentechnik hergestellt wurde. Die Hersteller haben offenbar ein Problem, das sie allein nicht lösen können.

**SPIEGEL:** Und wenn dabei am Ende dann herauskommt, dass Genraps gefährlich ist?

**Fischer:** Dann hat auch die Industrie endlich Planungssicherheit.

KIRCHE

## Tauwetter im Jubeljahr

Erstmals seit mehr als 20 Jahren nimmt der 1980 vom Papst gemaßregelte Tübinger Theologe Hans Küng, 72, offiziell an einem Katholikentag teil.

Bei der Veranstaltung Anfang Juni in Hamburg wird der Theologieprofessor mit der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel als Gesprächspartnerin auftreten. Küng, der jahrelang als Persona non grata galt, erklärte seinen offiziellen Gaststatus mit einer „Veränderung der Großwetterlage im katholischen Kirchenvolk, im Zentralkomitee der deutschen Katholiken und vielleicht sogar in der Deutschen Bischofskonferenz“. Der Papst habe in der Vergangenheit zu sehr überzogen, zuletzt etwa beim Schwangerschaftskonflikt. „Die Folge ist“, meint Küng, „dass die deutschen Bischöfe erfreulicherweise nicht mehr so ein fester Romhöriger Block sind.“

Küng



T. KLUNK / ZEITUNGSPIEGEL

BODENREFORM

## Streng vertraulich

Günther Krause, Ex-Minister und 1990 DDR-Chefunterhändler bei den Vereinigungsverhandlungen mit der Bundesregierung, lässt sich im Kampf der Alteigentümer gegen die Bodenreform in Ostdeutschland einspannen. Krause hatte im vergangenen Jahr eidesstattlich versichert, die Sowjetunion hätte die Enteignungen in der DDR zwischen 1945 und 1949 nie zur Bedingung für die deutsche Einheit erhoben – zur Freude der damals von den Sowjets enteigneten Grundbesitzer. Die Bundesregierung hatte vor dem Bundesverfassungsgericht anders argumentiert: ohne Garantie für die Bodenreform keine Wiedervereinigung. Wie eng Krause mit der Alteigentümer-Lobby zusammenarbeitet, flog jetzt per Zufall auf. Er schrieb Ende April einen Brief in



Krause

J. ROTZSCH / OSTKREUZ

Sachen Bodenreform an den Ex-Chef der SPD-Volkskammerfraktion, Richard Schröder. Durch einen Faxfehler erhielt Schröder jedoch schon zuvor einen gleich lautenden Entwurf des Schreibens – aus der Münchner Kanzlei von Max Strauß, die die Bodenreform-Opfer im großen Stil vertritt. Der Text war vom Strauß-Sozius Bardia Khadjavi-Gontard an den Hamburger Kaufmann Heiko Peters weitergeleitet worden, der seit Jahren große Anzeigen gegen die Enteignungen mit wilder Polemik gegen die ehemalige Regierung Kohl/Kinkel

schaltet. Lobbyist Peters schickte wiederum den Entwurf an Krause weiter, versehen mit der handschriftlichen Anmerkung: „Lieber Günther, das ist die Form, die mein Freund Dr. Khadjavi streng vertraulich für richtig findet. Beste Grüße, Heiko.“ Schröder antwortete nun direkt dem Anwalt: Er bringe Krause in den Verdacht, „ein gekaufter Zeuge zu sein“.